

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU

Leitbilder von Behinderten- und Alteneinrichtungen auch an Zuwanderinnen und Zuwanderern ausrichten

In der Stadtgemeinde Bremen leben über 80.000 Bürger/-innen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben oder – wie Eingebürgerte und Aussiedlerinnen und Aussiedler – trotz deutscher Staatsangehörigkeit durch die Zuwanderung ihrer Familie geprägt sind.

Unser Sozialsystem ist bis heute nicht ausreichend an den Bedürfnissen dieser Personengruppe ausgerichtet. Sprachschwierigkeiten und mangelnde Kenntnis des kulturellen und religiösen Hintergrunds von Zuwanderinnen und Zuwanderern erschweren den Zugang zum sozialen Hilfesystem. So kann es nicht gelingen, Problemlagen frühzeitig zu begegnen und Prävention zu betreiben.

Pflege- und Altenheime, ambulante Pflegedienste und Behinderteneinrichtungen entwickeln in steigender Anzahl Leitbilder, um sich nach außen eindeutig zu präsentieren und im internen Handeln eine gemeinsame Identität und Qualitätssicherung herauszubilden.

Für die Zukunft des sozialen Sicherungssystems ist es unverzichtbar, dass eine große Anzahl von Anbietern sozialer Leistungen auch die besonderen Bedürfnisse von Zuwanderinnen und Zuwanderern zum Inhalt ihrer Leitbilder macht. Das ist auch die Grundlage eines integrativen Ansatzes des sozialen Sicherungssystems.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. in die Entgelt-Leistungsverträge und Zuwendungsbescheide mit Anbietern sozialer und gesundheitlicher Leistungen die Verpflichtung mit aufzunehmen, innerhalb einer angemessenen Frist ein Leitbild zu entwickeln, das die spezifischen Interessen und Lebenslagen von Zuwanderinnen und Zuwanderern berücksichtigt,
2. eigene Dienststellen, die Ansprechpartner für die Bevölkerung sind, anzuweisen, die Dienstleistungen stärker auf die Bedürfnisse von Zuwanderinnen und Zuwanderern hin auszurichten,
3. der Stadtbürgerschaft über erste Ergebnisse Anfang 2003 Bericht zu erstatten.

Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD

Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU